

Stellungnahme des
INKOTA-netzwerk e. V.

<p>Deutscher Bundestag Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft</p> <p>Ausschussdrucksache 20(10)20-C</p> <p>öA "Nahrungsmittelversorgung"</p> <p>13. Mai 2022</p>
--

für die 10. Sitzung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

öffentliche Anhörung

zu

dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU

„Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt
sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest
gestalten“
(BT-Drs. 20/1336)

am Montag, dem 16. Mai 2022,

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (EL-Ausschuss)

zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“ (BT-Drs. 20/1336)

Montag, dem 16. Mai 2022, von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Stellungnahme INKOTA-netzwerk e.V., Lena Bassermann

1. Menschenrecht auf Nahrung verwirklichen: Der Ukraine-Krieg verschärft die bereits bestehende Welternährungskrise und erfordert von der Politik schnelles, international koordiniertes Handeln!

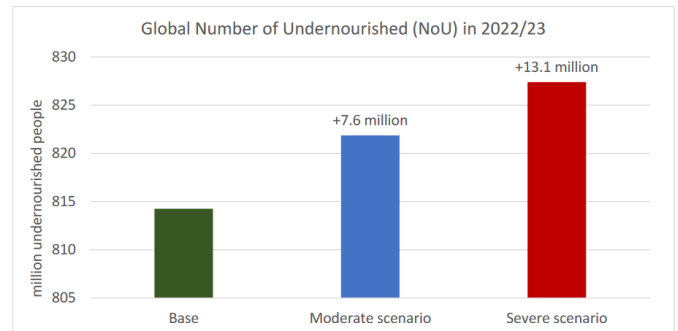
Bereits vor Ausbruch der Ukraine Krise befanden sich die weltweiten Ernährungssysteme in einem alarmierenden Zustand. Warnungen von internationalen Organisationen, einigen Staaten und NGOs nach [„dringendem und entschiedenen Handeln“](#) wurden überwiegend ignoriert und haben bislang nicht zu ernsthaften, koordinierten Politikentscheidungen geführt. Der UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, warnte kürzlich in einem offiziellen Statement die Welthandelsorganisation (WTO) davor, den Krieg in der Ukraine als Ursache für eine Welternährungskrise zu sehen. Vielmehr handelt es sich um den **jüngsten Schock für die sich ohnehin stark in der Krise befindenden Ernährungssysteme, der die Welternährungssituation drastisch zu verschlimmern droht.**

Bereits ohne die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie waren die Hungerzahlen nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) [fünf Jahre lang auf einem anhaltend hohen Niveau](#). Als Haupttreiber dafür nennt die FAO Armut (niedrige Einkommen) und soziale Ungleichheit (große Einkommensunterschiede), gewaltsame Kriege und Konflikte sowie die Klimakrise. Gleichzeitig ist das intensive und exportorientierte Ernährungssystem [für rund ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen](#) verantwortlich und befördert den [Verlust an Biodiversität, also an spezifischer und genetischer Vielfalt, was wiederum negative Effekte auf die Widerstandsfähigkeit und Erträge hat](#).

Während der **Covid-19-Pandemie** sind die Zahlen der Hungernden innerhalb von nur einem Jahr (von 2020 auf 2021) um [161 Millionen auf 811 Millionen](#) Menschen weltweit angestiegen. Besonders schwerwiegend waren die Effekte in Afrika und Asien, wo die Hungerzahlen am drastischsten anstiegen und wo bereits heute zusammen genommen über 80 Prozent der Hungernden leben. [Vor dem Hintergrund bestehender struktureller Ungleichheit und Diskriminierung führte die Gesundheitskrise die Welt in eine Welternährungskrise](#). Krisen wie Konflikte, Klimaextreme sowie Konjunkturabschwächungen und -rückgänge – jüngst verschärft durch die COVID-19-Pandemie – werden sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihrer Intensität weiter zunehmen. Dabei werden sie immer häufiger in Kombination auftreten und ohnehin benachteiligte Menschen besonders hart treffen. **Nur strukturelle Maßnahmen** – d.h. keine, die einseitig auf Produktionssteigerungen um jeden Preis ausgelegt sind – werden zu einer langfristigen und nachhaltigen Verbesserung der Ernährungslage führen und damit zur Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung für alle Menschen weltweit beitragen können.

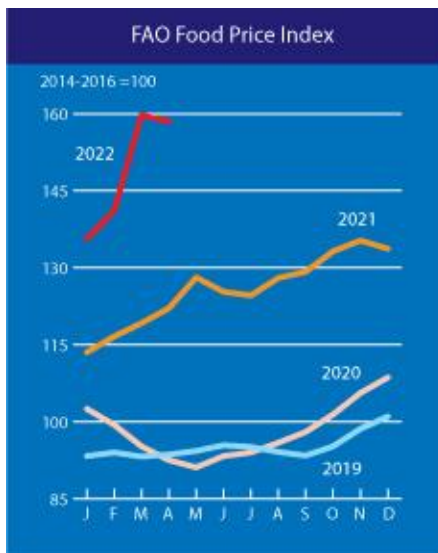
Menschenrecht auf Nahrung von immer mehr Menschen verletzt

Denn bereits vor Ausbruch des Ukraine Kriegs war zehn Prozent der Weltbevölkerung unternährt, insgesamt knapp eine Milliarde Menschen galt als ernährungsunsicher und jeder dritte Mensch hatte keinen Zugang zu einer gesunden Ernährungsweise – wofür laut FAO explizit nicht eine zu niedrige Produktion, sondern zu geringe Einkommen bzw. zu große Einkommensungleichheiten verantwortlich sind – sprich der mangelnde Zugang zu Nahrung.¹



Source: FAO own calculations

Derzeit sind alleine in der Ukraine [etwa 10,2 Millionen Menschen auf Lebensmittelhilfen](#) und Unterstützung ihres Lebensunterhalts angewiesen, wofür u.a. der [Wegfall von Einkommen durch den Krieg sowie die Unterbrechung von Lieferketten durch Kriegsaktivitäten](#) verantwortlich sind. Aber auch langfristig wird die Krise nachwirken: Die FAO geht in ersten Modellierungen davon aus, dass für das Jahr 2022/2023 mit einem Anstieg der globalen Hungerzahlen um bis [zu 13,1 Millionen Menschen](#) zu rechnen ist, wobei der stärkste Anstieg unterernährter Menschen im Afrika südlich der Sahara sowie in Asien prognostiziert wird.²



Quelle: FAO 2022

Ein enger Zusammenhang besteht zwischen Ernährungsunsicherheit und zu Preisen. Besonders deutlich bilden sich die Folgen der Ukraine Krise derzeit in **exorbitanten Preisanstiegen für Lebensmittel ab, die Hunger in vielen der ärmsten und damit vulnerabelsten Regionen weltweit verschärfen werden.** Der FAO-Lebensmittelpreisindex (FFPI) lag im April 2022 bei durchschnittlich 158,5 Punkten und damit leicht unter dem im März erreichten Allzeithoch, aber immer noch 36,4 Punkte (29,8 Prozent) über dem Wert des entsprechenden Vorjahresmonats. Der leichte Rückgang im April ist auf einen Rückgang des Wertes für Pflanzenöl sowie einen leichten Rückgang des Wertes für Getreidepreise zurückzuführen. Die Preise für [Zucker, Fleisch und Molkereiprodukte verzeichneten dagegen einen Anstieg](#). Bereits vor der durch den Krieg in der Ukraine verschärfen Preiskrise behinderten die bestehenden Krisen – u.a. Klima, Covid-19 und Konflikte – [die Erreichung des zweiten Ziels für Nachhaltige Entwicklung, „Kein Hunger bis 2030“](#) (SDG 2). Dafür müssen dringend Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

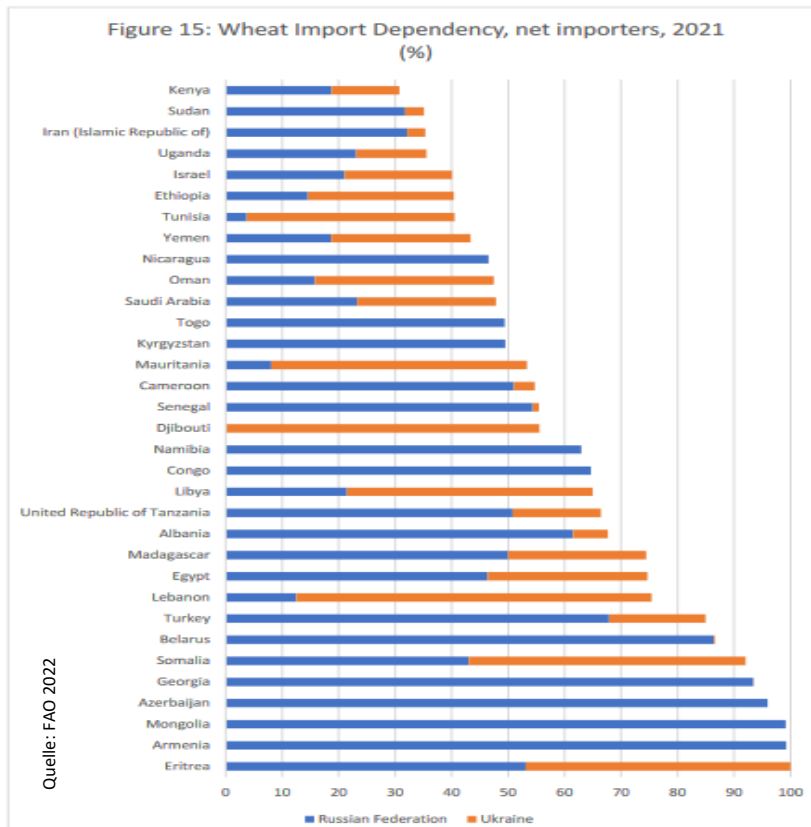
- Um global koordinierte politische Empfehlungen auf multilateraler Ebene zu finden, muss dringend eine **Sondersitzung des Welternährungsausschusses (CFS)** einberufen werden. Maßnahmen müssen primär an den am meisten von der Krise betroffenen Menschen und **importabhängigen einkommensschwachen Staaten** ausgerichtet sein.
- Die Mittel für **humanitäre Hilfe**, vor allem für das World Food Programme (WFP), müssen sofort aufgestockt werden. Zudem muss eine dauerhafte Lösung für dessen chronische Unterfinanzierung gefunden werden.
- Finanzielle Hilfen für **importabhängige einkommensschwache Länder** müssen bereitgestellt werden.
- Kurzfristige und mittelfristige Maßnahmen müssen **kohärent** sein und dürfen einer nachhaltigen Transformation von Ernährungssystemen nicht widersprechen (Diversifizierung von Anbausystemen statt Produktionssteigerung innerhalb von Monokulturen).

¹ FAO (2021): The State of Food Security and Nutrition in the World 2021. Transforming food systems for food security, improved nutrition and affordable healthy diets for all: <https://www.fao.org/documents/card/en/c/cb4474en>.

² Ausmaße werden u.a. abhängig von Länge und Intensivität des Krieges sein.

2. Aus Fehlern lernen: Abhängigkeit reduzieren, Nahrungsmittelproduktion diversifizieren

Die aktuelle Krise verdeutlicht die Abhängigkeiten, von denen globale Ernährungssysteme geprägt sind. Die Preisschocks wirken weit über Russland und die Ukraine hinaus. Die weltweiten Lebensmittelpreise waren bereits vor Kriegsbeginn aufgrund steigender Energiepreise und Transportkosten [im Jahr 2021 um 25 Prozent im Vergleich zum Vorjahr](#) gestiegen.³



Die Preisanstiege treffen vor allem einkommensschwache Länder und ohnehin marginalisierte Menschen in Ländern des globalen Südens besonders hart. Eritrea bezieht einhundert Prozent seines Weizens aus der Ukraine und Russland. Eine ähnliche Abhängigkeit besteht im Fall von Somalia, mit mehr als 90 Prozent. Viele weitere Staaten wie DR Kongo, Libanon und Madagaskar kommen auf über 80 Prozent Importabhängigkeit von den beiden Staaten. [Laut FAO sind es insgesamt mehr als 30 Länder im Mittleren Osten und Afrika, die](#)

[bislang mindestens ein Drittel ihres Weizens aus der Ukraine und Russland bezogen.](#)

Abhängigkeit von wenigen exportierenden Staaten und Anbaukulturen beenden/reduzieren

Auf der anderen Seite haben weitere exportierende Länder – China, Serbien und Ungarn – ihre Getreideexporte bereits gestoppt, um die eigenen Märkte zu schützen. Insgesamt sind es 20 Staaten, die bereits Exportrestriktionen für unterschiedliche landwirtschaftliche Güter erlassen haben⁴. Die Preisanstiege treffen vor allem importierende Länder. Länder, die bei der Kalorienzufuhr in hohem Maße von Weizen abhängig sind und zur Deckung dieses Bedarfs auf Importe angewiesen sind, sind besonders anfällig für globale Getreidepreisspitzen. In Ostafrika macht Weizen beziehungsweise Weizenprodukte ein Drittel des durchschnittlichen Getreideverbrauchs aus, wovon 84 Prozent importiert werden. Steigende Weizenpreise haben bereits dazu geführt, dass der Brotpreis sich im Sudan fast verdoppelt hat und im Libanon um 70 Prozent gestiegen ist⁵. Laut IPES Food sind [in Kenia und Ägypten die Kosten für die Einfuhr von Weizen um 33 Prozent gestiegen, so dass Kairo – der](#)

⁴ IPES Food (2022): Another perfect storm? How the failure to reform food systems has allowed the war in Ukraine to spark a third global food price crisis in 15 years, and what can be done to prevent the next one: https://ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf.

⁵ Ebd.

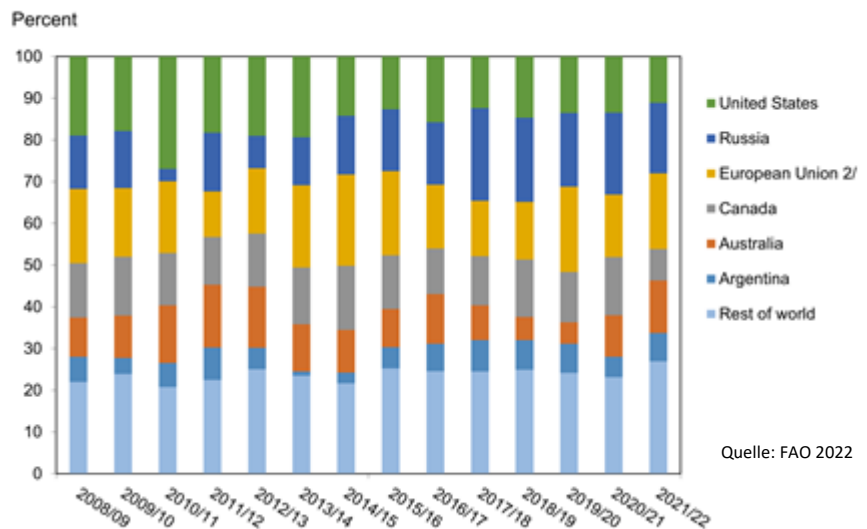
[weltweit größte Weizenimporteur - den Internationalen Währungsfonds um Hilfe gebeten hat.](#)

Allerdings wäre es verkürzt, den Blick nur auf Weizen zu richten. Auch Mais und Soja sind bereits deutlich teurer geworden. Die Verteuerung dieser drei Grundnahrungsmittel beziehungsweise zentraler Agrarprodukte erhöhen das Risiko für Hunger und Mangelernährung dramatisch, wie die Erfahrungen aus der letzten Welternährungskrise 2007/2008 zeigten, die Hungerrevolten in vielen Staaten auslöste.

Exporte: Viele Staaten hängen von Importen aus wenigen Staaten ab

Insgesamt sind es nur **sechs Staaten, die etwa 80 Prozent des weltweit gehandelten Weizens exportieren** (siehe Grafik). Diese enorme Abhängigkeit vieler importierender Staaten von wenigen exportierenden erhöht die Anfälligkeit für Schocks. Anstatt also die Weizenproduktion um jeden Preis anzukurbeln, ist es **dringend erforderlich, die Unabhängigkeit von Importen zu erhöhen und gerade die Abhängigkeit von Importen aus wenigen Ländern zu beenden.**⁶ Diese

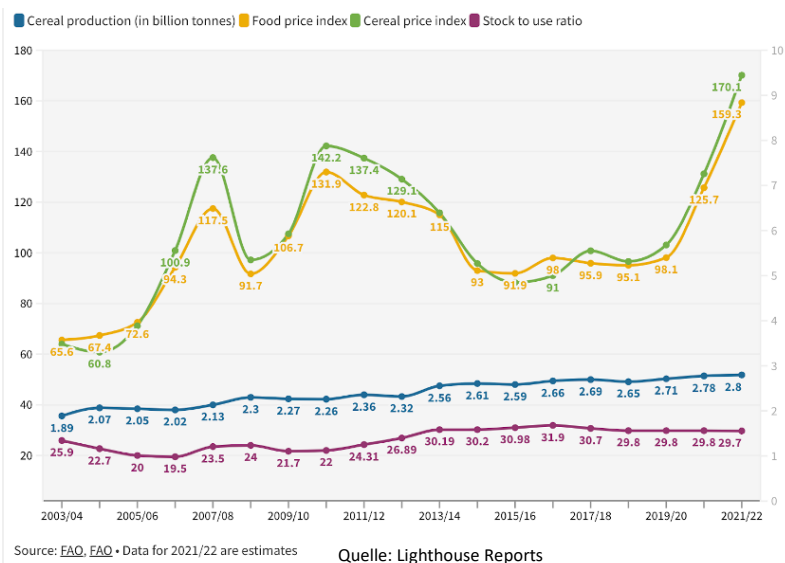
Share of global wheat exports by country, 2008/09–2021/22 1/



Quelle: FAO 2022

starke Abhängigkeit von wenigen Getreidesorten auf dem Weltmarkt stellt zudem ein hohes Risiko dar. Bereits nach der Welternährungskrise 2007/2008 wurde die große Abhängigkeit von Grundnahrungsmittelimporten als eine große Schwachstelle des globalen Ernährungssystems erkannt, der entgegengewirkt werden muss. **Seitdem wurden jedoch kaum politische Maßnahmen ergriffen, um eine wirkliche Diversifizierung von lokalen und globalen Anbausystemen zu fördern und diese Abhängigkeiten zu reduzieren,** was nun dazu führt, dass sich die Situation zu wiederholen droht.

Spekulationen mit Nahrungsmitteln beenden



Source: FAO, FAO • Data for 2021/22 are estimates

Quelle: Lighthouse Reports

Die aktuelle [Recherche „Die Hungerprofiteure“ von Lighthouse Reports](#) weist nach, wie Börsenspekulanten aus der Krise Profite ziehen – und die Preise weiter nach oben treiben. Die Recherche zeigt, **wie Banken ihren Anlegern bereits seit Beginn der russischen Invasion in der Ukraine nahelegten, in Agrarfonds zu investieren und auf steigende Lebensmittelpreise zu wetten.** Im April hatten demnach zwei der wichtigsten börsengehandelten Agrarfonds Nettoinvestitionen in Höhe von 1,2 Milliarden USD angezogen (im Vergleich zu nur 197 Millionen USD im gesamten Jahr

⁶ Note von UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, an die WTO, 4.5.2022.

2021). **Während sich also in einigen Ländern die Brotpreise verdoppeln, ziehen Investoren und Banken Profite auf Kosten der Ärmsten und Hungernden.** Auch hier drohen sich die Fehler aus der letzten Welternährungskrise zu wiederholen. Die Grafik verdeutlicht, wie sehr Lebensmittelpreise Schwankungen ausgesetzt sind – im Gegensatz zur Getreideproduktion. Eine kontinuierliche Beobachtung der Märkte sowie ein unmittelbares Vorgehen gegen Spekulationsverhalten zu Lasten von Ernährungssicherung ist dringend erforderlich.⁷ Der ehemalige Sonderberichterstatler für das Recht auf Nahrung und Agrarexperte Olivier de Schutter fordert richtigerweise, schärfere Handelslimits einzuführen und in Krisenzeiten Agrar-Finanzgeschäfte auszusetzen.

Abhängigkeit von Fossilen Energieträgern beenden

Die Abhängigkeit von fossiler Energie wird an der Herstellung synthetischer Düngemittel besonders deutlich. Die intensive Landwirtschaft leistet dadurch zusätzlich einen großen Beitrag zur Verschärfung der Klimakrise.

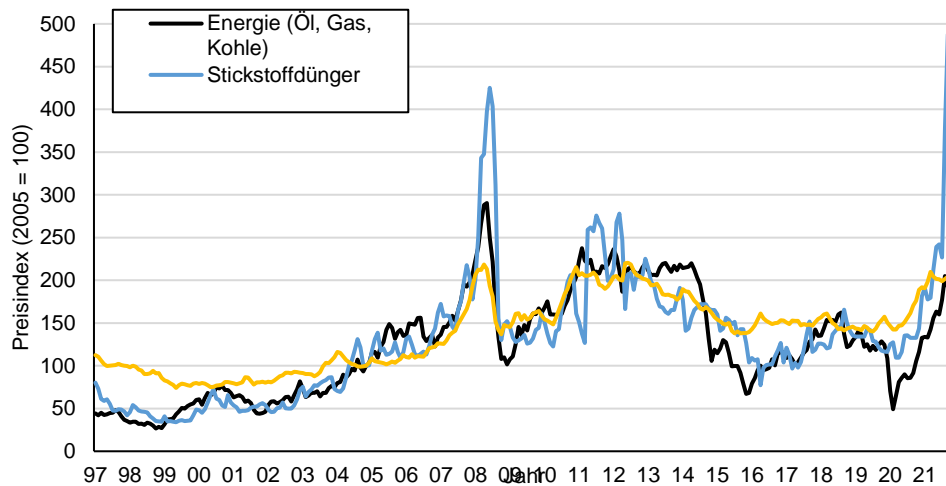
Exkurs: Klimaauswirkungen synthetische Düngemittel

Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass allein die Wertschöpfungskette von Stickstoffdünger 2018 für 1,25 Gigatonnen CO₂-Äquivalente, also 2,4 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich war. Das entspricht mehr als dem Anteil des globalen Geschäftsflugverkehrs im selben Jahr. Etwa ein Drittel (35,2 Prozent) davon sind der eigentlichen Herstellung des Kunstdüngers zuzuschreiben und etwa zwei Drittel (62,4 Prozent) gehen auf die Lachgasemissionen zurück, die bei der Ausbringung der Düngemittel entstehen.⁸ Die Produktion von Stickstoffdünger ist deswegen so klimawirksam, weil der Prozess der Ammoniaksynthese (aus Wasserstoff und Stickstoff) – das so genannte Haber-Bosch-Verfahren – unter extrem hohen Temperaturen von etwa 500 Grad Celsius sowie unter enorm hohem Druck stattfindet. Keine chemische Reaktion verbraucht mehr Energie als die Ammoniaksynthese zur Herstellung von Stickstoffdünger mit einem Prozent des weltweiten Energieverbrauchs.

Die weltweite Nachfrage nach den drei am häufigsten eingesetzten Düngemitteln (Stickstoff, Phosphat und Kali) ist von 2002 bis 2016 um 8,5 Prozent gestiegen, wobei nur sechs Kulturen (allen voran Mais und Weizen) zwei Drittel der Nachfrage ausmachen und eine Handvoll Exportländer den Düngemittelhandel dominieren. Die Abhängigkeit der Bäuer*innen von Preisschwankungen der Düngemittelpreise, die eng an die Preise für fossile Energieträger gekoppelt sind, droht nun zu einem Produktionsrückgang zu führen, da Bäuerinnen und Bauern, sich die verteuerten Betriebsmittel entweder nicht leisten können oder die Verfügbarkeit gänzlich eingeschränkt ist – besonders in Ländern des globalen Südens sein. Beispielsweise ist der Preis für Kalilieferungen nach Westafrika bereits um 250 Prozent gestiegen im Vergleich zum Vorjahr, weswegen mit geringeren Abnahmen durch afrikanische Staaten zu rechnen ist.

⁷ IPES Food (2022): Another perfect storm? How the failure to reform food systems has allowed the war in Ukraine to spark a third global food price crisis in 15 years, and what can be done to prevent the next one: https://ipes-food.org/_img/upload/files/AnotherPerfectStorm.pdf.

⁸ Stefano Menegat, Alicia Ledo, Reyes Tirado, 2021: Greenhouse gas emissions from global production and use of nitrogen synthetic fertilisers in agriculture: <https://www.researchsquare.com/article/rs-1007419/v1>



Bereits im zweiten Halbjahr 2021 sind die Düngemittelpreise als Folge steigender Energiepreise massiv angestiegen. Im März 2022 hat der Weltmarktpreis für eine Tonne Stickstoffdünger die 900 US-Dollar Marke überschritten. Damit erreichen Düngemittelpreise einen bis heute noch nie gesehenen Höchststand. Steigende Preise fossiler Brennstoffe führten fast simultan zu steigenden Preisen für Düngemittel und andere Betriebsmittel wie zum Beispiel Diesel und Pestizide. Zudem wird der für chemischen Stickstoffdünger benötigte Stickstoff in der Regel aus Erdgas und in einigen Fällen aus Erdöl hergestellt, was derzeit eine entsprechende Verteuerung der Produktionskosten zur Folge hat. Auch die **Abhängigkeit von Düngemitteln** bindet die Bäuer*innen an konventionelle Produktionssysteme und behindert die Diversifizierung des Anbaus. Im Hinblick auf landwirtschaftliche Inputs wie chemisch-synthetische Düngemittel, Saatgut und Pestizide sind Nahrungsmittelproduktions- und -exportländer in hohem Maße von Importen einer Handvoll Lieferanten abhängig, um ihre Nahrungsmittelproduktion aufrechtzuerhalten. Die Preise für Düngemittel sind bereits ebenfalls gestiegen (siehe Grafik) und es drohen weitere Engpässe, da Russland, die Ukraine, China und Kirgisistan Beschränkungen für die Ausfuhr von Düngemitteln verhängt haben.

- Kurzfristig müssen importierende Staaten dabei unterstützt werden, ihre Importe zu diversifizieren und gleichzeitig – durch finanzielle Hilfen – ihre Getreideimporte trotz gestiegener Preise gewährleisten zu können.
- „Food First“: Der Anbau von Getreide, das nicht direkt der Ernährung von Menschen dient, muss soweit es geht reduziert werden. Dies betrifft z.B. das **Aussetzen (bzw. Abschaffen) von Beimischungsquoten** für Biosprit und die **Reduktion von Tierbeständen**. Insgesamt müssen Agrarflächen im globalen Norden wie im Süden künftig **primär für den Anbau von Nahrungsmitteln** genutzt werden.
- Der Aufbau regionaler Ernährungssysteme für die lokale Versorgung muss gestärkt werden, auch um Importabhängigkeiten zu verringern. Kontext-spezifische Anbausysteme, die den Anbau von Grundnahrungsmitteln vor Ort ermöglichen sowie klimaangepasste, robuste Sorten (wie z.B. Hirse) integrieren, müssen vermehrt gefördert werden.
- Die internationale Gemeinschaft muss **konsequent gegen Nahrungsmittelspekulationen vorgehen** mit Hilfe strenger Marktbeobachtung, schärferer Handelslimits und dem Ausstieg aus Nahrungsmittelfonds.
- Die **Abhängigkeit von fossilen Energieträgern in der Landwirtschaft**, allen voran synthetischen Düngemitteln, muss reduziert werden. Der **Aufbau agrarökologischer Systeme** muss gefördert werden. Dadurch würden Ernährungssysteme zum einen unabhängiger von Preisschocks, die der Markt erwiesener Weise nicht in der Lage ist abzufedern, und zum anderen würden die schädlichen Klimaauswirkungen der Landwirtschaft reduziert.

3. **Düngemittelkonzerne als Krisenprofiteure: Marktmacht eingrenzen, Übergewinnsteuer einführen, unlauteren Preisen entgegenwirken**

Gleichzeitig nutzen nicht nur Lebensmittelspekulant*innen an den Warenterminbörsen (siehe Getreidespekulationen) die (befürchtete) Knappheit, um aus der Krise Profite zu schlagen. Auch Düngemittelkonzerne kristallisieren sich derzeit als die großen Krisengewinnler heraus.

So konnte der norwegische [Düngemittelkonzern Yara sein Nettoeinkommen bereits im ersten Quartal des Jahres 2022 von 14 auf 947 Millionen US Dollar gegenüber dem Vorjahresquartal erhöhen](#), wobei Angaben des Konzerns die enormen Preisanstiege die gestiegenen Kosten für Erdgas und Transport bei weitem ausgleichen konnten und die Gewinne entsprechend um das bis zu 70-Fache größer sind als im Vorjahr. Dies macht sich auch auf dem europäischen Markt bemerkbar: Insgesamt sank der Düngemittelabsatz an europäische Bäuer*innen um rund ein Viertel, wofür Yara eine gesunkene Nachfrage aufgrund der Preissteigerungen angibt. Trotz dieses deutlich geringeren Absatzes konnten die Gewinne auch in Europa gesteigert werden. Damit profitieren vor allem Konzerne von der an Bäuer*innen in der EU ausgezahlten EU-Krisenreserve in Höhe von 500 Millionen. [Für die Bauern und Bäuerinnen ist es hingegen mehr als zweifelhaft, ob sie die Kosten über die Getreidepreise wieder reinholen können](#). Ein ähnliches Bild ergibt sich für das deutsche börsennotierte Unternehmen K&S AG. Diese hat bereits im April ihre eigentliche Gewinnprognose für das Jahr 2022 von 1,6 Milliarden Euro um 40 Prozent auf bis zu 2,4 Milliarden Euro angehoben (im Vergleich: 2021 unter 1 Milliarde). Auch die bereits veröffentlichten Zahlen für das erste Quartal 2022 zeigen einen Anstieg des Gewinns um [etwa 36 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum](#), wofür vor allem die höheren Einnahmen im Geschäftsbereich Landwirtschaft verantwortlich sind, die nach Angaben von [K&S „erwartete Kostensteigerungen, insbesondere für Energie, Logistik und Material, deutlich übertreffen.“](#) Damit profitieren von der an Bäuer*innen in der EU ausgezahlten EU-Krisenreserve in Höhe von 500 Millionen vor allem Düngemittelkonzerne. [Für die Bauern und Bäuerinnen ist es hingegen unsicher, ob sie die Kosten über die Getreidepreise wieder reinholen können](#)

Hierfür braucht es dringend ein Eingreifen seitens der Politik: **Sowohl eine genaue Beobachtung der Entwicklung** als auch ein entschiedenes Eingreifen, etwa durch Preisobergrenzen, sind dringend erforderlich, also auch die **Einführung einer Übergewinnsteuer auf Krisengewinne von Düngemittelkonzernen**. Sonst droht die Gefahr, Fehler zu wiederholen.

Denn bereits während der Welternährungskrise 2007/2008 verzeichneten vor allem große, globale Düngemittelkonzerne hohe Gewinnzuwächse, die sich jedoch nicht nur aus einer steigenden Zahlungsbereitschaft und Nachfrage für Düngemittel ergaben. [Zwischen 42 und 51 Prozent der krisenbedingten Preissteigerung lassen sich heute durch Studien auf industrieinterne Preisabsprachen und Kartellstrukturen zwischen Düngemittelkonzernen zurückführen](#). Düngemittelkonzerne profitierten also bereits von der Ernährungskrise 2007/08 in erheblichem Maße.

Besonders besorgniserregend ist die Situation mit Hinblick auf Länder des globalen Südens, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent. Die teils stark überschuldeten Staaten, deren finanzielle Situation sich in vielen Fällen nochmals während der Covid 19-Krise verschlimmert hat, haben nicht die Möglichkeit, die gestiegenen Kosten für Düngemittel mit Subventionen auszugleichen. Zudem wäre es höchst bedenklich, ohnehin knappe Haushaltsmittel in die Gewinne von Düngemittelkonzernen fließen zu lassen anstatt die Mittel für soziale Sicherungssysteme einzusetzen, die den Hungernden direkt zu Gute kommen. Denn nachweislich ersetzen Subventionsprogramme für landwirtschaftliche Inputs keine sozialen Sicherungssysteme. Da rund 80 Prozent aller synthetischen Düngemittel im Afrika südlich der Sahara importiert werden und der Verbraucherpreis von Düngemitteln selbst unter stabilen Bedingungen zu rund 70 Prozent von dem Importpreis für Düngemittel abhängig ist, können selbst kostspielige Notfallsubventionen wie im Falle Kenias oder Versuche staatlich verordneter Preiskontrollen, wie sie derzeit in Tansania getestet werden, die bedrohliche Situation vermutlich kaum noch beeinflussen.

Konzerngewinne aus der Krise eingrenzen, unlautere Preise verhindern

- **Preisobergrenzen bei Düngemittelpreisen** würden verhindern, dass Düngemittelkonzerne große Gewinne abschöpfen und damit Profite aus der Krise schlagen.
- Auf die krisenbedingten Übergewinne von Düngemittelkonzernen sollte eine **Übergewinnsteuer** erhoben werden.
- Im globalen Süden muss eine Rückkehr zu Subventionssystemen für agrarindustrielle Inputs vermieden werden. Stattdessen müssen Mittel in soziale Sicherungssysteme sowie nachhaltige agrarökologische Anbausysteme und Beratungsleistungen fließen sowie in die lokale Produktion von Alternativen wie etwa Biodünger.

4. „Roll Back“ verhindern, Produktionsnarrativ durchbrechen, agrarökologische Transformation fördern

Maßnahmen zur Eindämmung der aktuellen Preiskrise sowie der sich verschärfenden Welternährungskrise **dürfen nicht zu Lasten der Bekämpfung bestehender Krisen wie der Klima- und Biodiversitätskrise oder der sozialen Ungleichheit erfolgen**. Stattdessen müssen Maßnahmen ergriffen werden, die eine agrarökologische Transformation der Ernährungssysteme befördern. [So fordert auch der jüngste IPCC-Klimabericht zu einer systemischen Transformation auf und hebt die positiven Auswirkungen einer gesunden, ausgewogenen und nachhaltigen Ernährungsweise für alle Menschen weltweit hervor](#). Hierbei ist besonders die Bedeutung einer kulturell angepassten, primär auf Pflanzen basierten Ernährung bestehend aus (Vollkorn-)Getreide, Hülsenfrüchten, Gemüse, Nüssen, Obst sowie nachhaltig produzierten tierischen Produkten hervorzuheben. Diese Ernährungsweise würde durch eine Anpassung von verstärkt lokalen Produktionssystemen an eine agrarökologische Produktion ermöglicht. Die Potentiale der Agrarökologie sowohl für den Erhalt der Biodiversität, zur Klimaanpassung als auch für nachhaltige Erträge wurde in zahlreichen wissenschaftlichen Studien belegt sowie von internationalen Institutionen anerkannt. Agrarökologische Methoden werden von einer wachsenden Zahl Bäuer*innen weltweit angewandt und wird von Bäuer*innen weltweit praktiziert. Dass sich die gesamte europäische Bevölkerung mit agrarökologischen Anbaumethoden ernähren ließe, zeigte 2018 eine Modell-Studie des Projekts [Ten Years for Agroecology](#): Würde die Produktion von Biosprit auf null heruntergefahren, die Nahrungsmittlexporte auf Qualitätsprodukte eingeschränkt und der Konsum von tierischen Produkten um knapp die Hälfte gesenkt, könnten dennoch alle Europäer*innen ausreichend, gesund

und umweltverträglich ernährt werden und die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 2010 um 40 Prozent gesenkt werden.⁹

- Ein **Hilfsfonds zur Förderung agrarökologischer Anbaumethoden** und Beratung sollte eingerichtet werden.
- Für **agrarökologische Forschung** mit einem Fokus auf Klimaanpassung, Biodiversitätsförderung und Ertragspotentiale sollten mehr Mittel bereitgestellt werden.
- Die Bundesregierung muss langfristig in der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit Projekte fördern, die auf die Stärkung ganzheitlicher, diversifizierter, agrarökologischer Systeme und geschlossener Nährstoffkreisläufe setzen und damit die integrierte Herstellung von organischen Düngemitteln und die Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit unterstützen – etwa durch den (Zwischen)Anbau von Hülsenfrüchten, die Bodenbedeckung mit organischem Material, eine integrierte Tierhaltung zur Nutzung des Wirtschaftsdüngers und Agroforstsysteme.
- Die **Herstellung von organischen Düngemitteln** sollte verstärkt gefördert werden. Landwirtschaftliche Beratungssysteme in den Partnerländern sollten auf die Weitergabe von agrarökologischen Praktiken umgestellt und nicht Agrarkonzernen überlassen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass Bäuer*innen Zugang zu einer ausgewogenen Beratung hinsichtlich organischer Bodenbearbeitung erhalten.

⁹ Xavier Poux (AScA, IDDRI), Pierre-Marie Aubert (IDDRI), 2018: An agroecological Europe in 2050: multifunctional agriculture for healthy eating Findings from the Ten Years For Agroecology (TYFA) modelling exercise: <https://www.soilassociation.org/media/18074/iddri-study-tyfa.pdf>